
ABSCHRIFT

Stellungnahme der P.V. [Parteivorstand] der K.P. (Opposition) zum Mahnruf.

In der letzten Zeit verfolgen wir mit steigender Beunruhigung den politischen Kurs, den der Mahnruf einschlägt. Auf der erweiterten P.V. Sitzung wurden sowohl die Fragen der Internationale als auch die Perspektiven der Entwicklung in Österreich und unsere taktischen und organisatorischen Aufgaben beraten. Die beiden Grundfragen, vor die unsere Partei gestellt ist, sind:

1.) Unseren eigenen Genossen und allen revolutionären Arbeitern den liquidatorischen, antiproletarischen Kurs des Stalinismus zu erklären. Alle Lehren Lenins u. revolutionären Errungenschaften Sowjetrusslands gegen die Attentate des Stalinismus zu verteidigen. In diesem unermüdlichen und zähen Kampf für die Grundsätze des Bolschewismus, in diesem Kampfe, in dem alle Grundfragen der Revolution theoretischer und praktischer Natur aufgerollt werden, können sich unsere Genossen erst zu wirklichen Kommunisten entwickeln. Nur wenn [wir] diesen Kampf richtig zu führen verstehen, wird es uns möglich sein, die Niedergeschlagenheit und das Misstrauen der fortgeschrittenen Arbeiter, die den sozialdemokratischen Charakter des Stalinismus sehr wohl verstehen, zu überwinden.

2.) Unsere entscheidendste Aufgabe erblicken wir darin, und im Kampf für den Leninismus zu schärfen, wir es die Waffen für diesen Kampf, die österreichische Arbeiterklasse von der kleinbürgerlichen S.P. loszulösen u. in Österreich eine wirklich aktionsfähige K.P. zu schaffen. Wir haben in Wien seit der erweiterten P.V. Sitzung eine Aufklärung für die Grundfragen des Leninismus geführt, die nicht weniger als 3 Monate dauerten. Nicht unvorbereitet, sondern gerüstet traf unsere Genossen der Hauptschlag, den Stalinismus organisierte, der Staatsstreich, der verbunden war mit der Verbannung der Opposition nach Sibirien. Gegenwärtig geht die Partei in Wien, wie ihr aus dem Aufruf der Arbeiterstimme Nr. 26 erseht, daran, das Hauptfeuer gegen die S.P. zu konzentrieren und die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion zu mobilisieren. Wir müssen feststellen, dass beide Grundfragen der Partei in eurer Organisation, vor allem aber im Mahnruf, fast überhaupt nicht behandelt worden sind. Obwohl die Redaktion des Mahnruf neben der Arb. St. auch die Fahnen des Kommunismus¹ zur Verfügung hat, hat sie es nicht verstanden, in wirklich kommunistischer Weise weder den Charakter des Kampfes zwischen Kommunismus u. Stalinismus (Litwinow in Genf, Kulakenfrage, chinesische Frage, Ausschluss der Opposition) den Arbeitern klarzumachen.

Unvergleichlich schwerer wiegt aber der innenpolitische Kurs, den der Mahnruf einschlägt. Die Position des Mahnruf ist nicht die eines revolutionären kommunistischen Kampfblattes, das unermüdlich sowohl gegen die Illusionen der Massen als auch ihre Depressionserscheinungen, wenn ihre Illusionen zu nichts werden, ankämpft, das unermüdlich in allen Fragen des Alltags den krassen Widerspruch zwischen ihren Interessen u. der Politik der S.P. beweist, dass die tiefen klassenmäßigen Wurzeln der antiproletarischen Politik der S.P. bloßlegt und schließlich im Kampfe für eine Verbesserung des proletarischen Lebensniveaus mit aller Schärfe u. Klarheit den Weg des endgültigen Sieges, den Weg der proletarischen Revolution, den Massen aufzeigt. Im Gegensatz dazu ist die Position des M. die einer unzufriedenen, raunzenden, die S.P.

¹ *Fahne des Kommunismus*, theoretische Zeitschrift des Leninbundes

belehrenden Arbeitergruppe. Ein Beispiel für die Richtigkeit unserer Kritik ist der Artikel „einstimmig angenommen“ in Nummer 4.

Hier beklagt sich der M., dass die S.P. nicht die Interessen des Proletariats gewahrt hat. Unsere Aufgabe dagegen ist es, aufzuzeigen, warum die S.P. die proletarischen Interessen nicht vertreten kann und wird. Das aber kann nicht in der Form geschehen wie im Artikel „einstimmig angenommen“. Genosse Pfneisl² schreibt darüber im Brief vom 1./2.28 „Wir haben aufzeigen müssen, was die S.P. hätte beantragen sollen und dies den Arbeitern praktisch [zeigen], was getan werden könnte.“ Diese Methode ist grundfalsch. Diese Methode zu kritisieren ist üblich im Rahmen der K.P., wenn es sich um Fehler handelt, sie wird aber schon unzureichend und der Sache schädigend, wenn es sich um Fehler handelt, die der Ausdruck einer falschen politischen Linie sind, oder wenn es sich um ein System von Fehlern handelt. Diese Methode wird zum Verhängnis, führt zu Liquidierung und ideologischem Zerfall, wenn sie von der K.P. gegenüber der S.P. angewendet wird.

Erstens wird durch das Aufzeigen, was die S.P. hätte beantragen sollen, der S.P. das Zeugnis ausgestellt, als ob sie eine Arbeiterpartei sei, und die Arbeiter werden in dieser Illusion gestärkt. Zweitens entsteht bei den Arbeitern der Glaube, als die S.P. fähig sei, solche Anträge zu stellen, und in seiner Mentalität legt er sich irgendeine Entschuldigung zurecht. Drittens wird durch das den Arbeitern praktisch aufzeigen, was getan werden könnte, die K.P. als die am Schwanz der S.P. einher laufende Zwergpartei reduziert und [2] wird die Arbeiterschaft, statt von der S.P. losgelöst zu werden, statt von ihren Illusionen befreit zu werden, mit den gefährlichsten Illusionen belastet, mit dem Glauben, die S.P. werde unter anderen Bedingungen und Verhältnissen schon wieder die gute alte Politik machen. Abgesehen davon, dass bei dieser Methode alles auf parlamentarisches Gebiet verschoben wird, ohne den Arbeitern aufzuzeigen, dass ihr Kampf selbst für die kleinsten Erfolge notwendig ist.

Bei dieser Methode, mit den Massen zu sprechen, erscheint die kommunistische Taktik den Massen als eine bisschen radikalere Taktik als die der S.P. Die Massen glauben auch, die Kommunisten sind dieselben wie die Sozialdemokraten, nur etwas radikaler. Unsere Aufgabe ist es nicht, diese Illusionen der Massen zu fördern, sondern den grundsätzlich unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und den proletarischen Masseninteressen aufzuzeigen. Der politische Hauptfehler des M. ist sein opportunistisches Gesicht. Der opportunistischen Grundeinstellung entspringen alle anderen Fehler. Die tiefste Wurzel des Opportunismus im M. ist folgender Grundsatz: Wie gewinne ich die Massen für den Mahnruf u. zugleich für den Kommunismus. Darauf der M.: indem ich den Massen den Kommunismus auf Rationen vermittele. Heute 10%, in der Regel 40%, wenn's hoch geht 80%, aber mehr ist schon unverdaulich. Wenn die Anarchokommunisten durch ihre Politik die Massen weg von Kommunismus treiben, so treibt der M. den Kommunismus weg von den Massen.

Ihr sagt, wir dürfen nicht hochpolitisch und nur politisch schreiben, ganz unsere Meinung, aber ihr müsst das, was politisch geschrieben wird, mit kommunistischem Geiste erfüllen. Ihr wendet ein, der Mahnruf kann nicht ein ausgesprochenes parteipolitisches Organ sein, da er sich auf die Arbeitslosen-Bewegung stützt. Wir berücksichtigen diese Konzession. Aber was hindert daran, eine im kommunistischen Geiste gehaltene Redaktion des Blattes zu führen (nehmt z.B. die A.I.Z.),³ alles andere sind keine Entschuldigungen. Der Opportunismus, in welcher

² Albert Pfneisl

³ Die *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* (A-I-Z) war eine von 1921 bis 1933 in Berlin und von 1933 bis 1938 im Exil (Prag) wöchentlich erscheinende Zeitschrift im Umfeld des kommunistischen Bewegung. Begründer und verantwortlicher Redakteur war Willi Münzenberg. Zentrales Kunst-Element der proletarischen Massenzeitung war die Gestaltung der Zeitschrift durch Arbeiterfotograf/inn/en und Berichte, die ganz konkret das politische Geschehen und die Lebenswirklichkeit der arbeitenden Menschen schilderten.

politischen Frage er immer sich einschleicht, ist niemals entschuldbar, sondern ein Grundfehler, der mit der Wurzel ausgerottet werden muss. Der Opportunismus kommt am schärfsten darin zum Ausdruck, dass der M. keine klare Grenzlinie zieht zwischen Reformismus und Kommunismus. Der M. versucht eine Zwitterstellung zwischen beiden Extremen zu ziehen, indem er zu 40% oder 80% kommunistische Auffassungen vertritt, zu neunzig, sechzig oder zwanzig Prozent vage, verworrene, nichtssagende, farblose oder sogar sozialdemokratische Stellungen bezieht. Es muss jedermann einleuchten, wenn nur vierzig oder achtzig Prozent Kommunismus verbreiten werden, die übrigen Prozente Antikommunismus sind. Wird der Leser für die 10% Kommunismus empfänglich sein? Der Opportunist sagt ja, der Kommunist sagt nein, und die Praxis wirft das Spiegelbild, aus dem der Menschewik grinst. Nur wenn der M. hundert Prozent Kommunismus liefert, werden zehn Prozent Kommunisten hängen bleiben, mit der Zeit noch mehr,

Worin besteht eine hundertprozentige kommunistische Politik, Taktik u. Strategie? Wodurch unterscheidet sie sich von der S.P.? Gibt es einen Gegensatz zwischen Kommunismus und proletarischen Klasseninteressen?

Wenn ihr die Fragen so stellt und alle Probleme von diesem Gesichtspunkt aus behandelt, so werdet ihr den Opportunismus überwinden, ohne dass dabei von euch gewünschten Einschränkungen wegfallen.

Nur vierzig oder achtzig Prozent Kommunismus vertreten heißt 80, 60 oder 20 Prozent proletarischer Klasseninteressen verschweigen, nicht aufzeigen, nicht dafür zu kämpfen. Das heißt 20, 60 oder 90% Klasseninteressen am Altar des Reformismus zu opfern. Objektiv ein Zutreiber der Sozialdemokratie zu sein. D.h. auf eine proletarische revolutionäre Klassenpolitik zu verzichten. Dass bei der jetzigen Reduktion des M. von einer Isolierung der S.P. Führung von den Massen, von einer Überwindung der reformistischen Illusionen keine Rede sein kann, ist aber so klar wie zwei mal zwei vier ist.

Statt den M. zum Kampforgan gegen den Reformismus, zum Kampforgan gegen den Opportunismus und Rechtskurs der Stalinfraktion zu machen, gediehen im M. Sumpfbüthen des Opportunismus. Einige Beispiele sollen das illustrieren: Im Leitartikel Nr. 6 heißt es (untaugliche Mittel). Die Ansicht der S.P., die Regierung in ihren Vorhaben zu behindern, ist zu begrüßen, doch sind Es müsste richtig heißen: Die S.P. versucht bei den Arbeitern den Glauben zu erwecken, als ob sie das Vorhaben der Regierung verhindern wolle. Darauf müsste eine scharfe Abrechnung mit dem Schwindelmanöver der S.P. erfolgen und hingewiesen werden sollen, dass sie bis jetzt nicht einmal die Massen wie [3] 1925 beim Anforderungsgesetz mobilisiert hat, wo sie 450 Versammlungen organisierte. Weiter wäre aufzuzeigen, dass selbst ein solcher Versammlungsturm nur als Ventil für den Massenkampfwillen benutzt würde, um dem wirklichen ernstesten Kampf auszuweichen. Taugliche Kampfmittel unterließ der Leitartikel. In Nr. 7 Spitzenartikel wird kein Wort der Kritik an der Führung den Lohnkampfes gesagt, mit keinem Wort hingewiesen, dass der Beitritt zu den Gewerkschaftsverbänden verbunden werden muss mit dem Kampf gegen den Reformismus. In Nr. 8 Spitzenartikel dieselbe kritiklose Aufforderung, den Arbeiterkrankenkassen beizutreten, als ob dort alles in Ordnung wäre. Wenn wir unsere Aufforderung beizutreten nicht mit unserem kritischen Standpunkt verbinden, verfehlt diese ihre Wirkung u. schadet uns letzten Endes nur bei der unzufriedenen Massen. Im Leitartikel Nr. 9, der anfangs gut ist, genügt es nicht, die Führer als Kleinbürger hinzustellen, denn sie sind in der Tat Verräter an Sozialismus. Man muss aufzeigen, dass die Klassenpraxis der sozialdemokratischen Politik von den kleinbürgerlichen Interessen bestimmt wird, dass die Interessen des Kleinbürgertums keine den Kapitalismus gefährdenden Folgen nach sich zieht. Der Gegensatz der proletarischen u. kleinbürgerlichen Interessen muss anhand der S.P. Politik aufgezeigt werden. Deshalb sind die beherrschenden Formulierungen wie: Appelliert an das Proletariat, nicht an den Klassenfeind, nicht am Platze. Ihr müsst konsequent jeden Zweifel ausschalten, darauf hinweisen, dass das Proletariat von der S.P. nichts zu erwarten hat.

Ohne menschewistische Ergüsse geht es fast in keiner Nummer. So ist im Artikel „Die hohen Bezüge der Volksvertreter“ folgende Offenbarung zu finden: „Auf Vertretungskörper verzichten ist falsch, denn dann bekommen die Unternehmer und Ausbeuter ausschließlich die Macht in die Hand. Notwendig ist eine Umwandlung der Schwatzbuden in Arbeiterinstitutionen.“

Hier haben wir es mit neunzig Prozent mit Antikommunismus zu tun. Wenn der Arbeiterwille das liest, wird er feststellen: Der Mahnruf steht im Ruf dem Arbeiterwillen würdig zur Seite. Weiters steht in [der] zitierten Entgleisung die in Nr. 6 geäußerte Belehrung, in der es heißt: „Das Radio wird an Bedeutung erst gewinnen, wenn die Arbeiter den Staat erobert haben werden.“ Lässt sich der bürgerliche Staat erobern? Nein, er ist das Klasseninstrument der Bourgeoisie. Das Proletariat muss den bürgerlichen Staat zertrümmern und seine Klassenherrschaft errichten. Diese Formulierungen sind Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie u. Anarchokommunisten. Letztere werden damit beweisen, dass wir Sozialdemokraten sind. Wir müssen in allen Fragen, ob Radio oder Politik, ob Gewerkschaft oder Arbeitslosenproblem den Beweis antreten, dass letzten Endes eine Überwindung der Missstände nur durch die proletarische Revolution möglich sind und dass wir in der Epoche der proletarischen Revolution uns befinden. Wir müssen zu jeder Zeit und bei allen Fragen dafür den Beweis antreten, dass die S.P. jene den proletarischen Klasseninteressen feindliche Partei ist, dass die S.P. eine kleinbürgerliche, liberale Volkspartei ist, die sich in Politik und Taktik nach den Klasseninteressen der kleinbürgerlichen richtet, die den proletarischen Klasseninteressen grundsätzlich entgegengesetzt sind. Daraus muss abgeleitet werden die Losung Schaffung der proletarischen Klassenpartei, einer Kommunistischen Partei.

In der Gemeindepolitik, auf dem für euch besten und schärfsten Kampfboden gegen die S.P., versagt ihr völlig. Auf diesem Gebiet kommt euer Opportunismus, eure falsche Methode am krassesten zum Ausdruck u. kann euch empfindlichen, nicht gutzumachenden Schaden zufügen, wenn ihr den Kurs nicht radikal ändert. In Nr. 2 im Leitartikel steht folgendes:

Das soll nicht so sein. Die Sozialdemokraten müssen versuchen, immer mehr auf die Reichen abzuwälzen und die Arbeiter zu entlasten. Diesen Versuch hat der sozialdemokratische Finanzreferent Rückl aber nicht unternommen. Nicht umsonst kann der Arbeiterwille schreiben, dass im Gemeinderate mit den Christlichsozialen und Großdeutschen vollständige Übereinstimmung bis auf den Artikel im Volksblatt herrsche. Richtig gehandelt hätte die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion, wenn sie nur für die Besteuerung der Reichen eingetreten wäre und dafür den Kampf gegenüber der Landes- u. Bundesregierung aufgenommen hätte. Aber es ist schon einmal so. Die von den Sozialdemokraten angestrebte Koalition wirft ihre Schatten voraus. Nur keine sozialdemokratischen Experimente, denn das könnte die Bürgerlichen abgeneigt machen und Renner und Bauer wollen doch schon gern in die Laube zumindest [4] „wenn da der Frühling ins Land zieht.“

Statt in scharfer Form die bürgerliche Gemeindepolitik der S.P. aufzuzeigen, an die Arbeiter zu appellieren, ihnen die Frage zu stellen, ob sie glauben, dass die Einmütigkeit im Gemeinderat auf Kosten der Kapitalisten hergestellt wurde oder auf Kosten der Arbeiter, statt das letzteres mit Beispielen zu belegen, statt die Arbeiter zu fragen, ob sie noch glauben, dass die S.P. eine Arbeiterpartei sei, ob sie bei den nächsten Gemeinderatswahlen nochmals für die S.P. stimmen wollen, beschränkt [sich] dieser Artikel auf nichtssagende Worte im Geiste eines unzufriedenen Sozialdemokraten. Indem dieser Artikel in der Hauptsache gegen das Pharisäertum der Christlichsozialen gerichtet ist, den Sozialdemokraten nur Vorwürfe macht und Belehrungen macht, bekommt man den Eindruck, und es ist faktisch so, als [dass] der M. der S.P. aus der Patsche helfen wolle. Wir können noch viele solche Beispiele anführen, wir wissen aber, dass das Anführen noch so viel solcher Bsp. erfolglos bleiben wird, wenn ihr nicht den Opportunismus ausmerzt. Auch die Auswahl der Themen erfolgt unter dem Gesichtswinkel der Massenmobilisierung. Es geht nicht an, in einem wie der M. eine ganze Seite, ein Brief eines Freidenkergenossen oder gar die Spitze des Blattes dem Verbot der Theaterraufführung zu widmen, wo

innenpolitisch die schwersten Angriffe vorbereitet werden. Unter solchen vermag der M. vielleicht die Tendenz zu rasonieren in der Grazer Arbeiterschaft zu verstärken, keinesfalls aber die Arbeiterschaft zu revolutionieren, sie in einen unüberbrückbaren Gegensatz zur S.P. zu bringen und sie für die revolutionäre Linie des Kommunismus für die K.P. zu gewinnen. Wir wissen sehr gut, Genossen, dass ein so politisch gehaltenes Blatt wie die Arbeiterstimme, die übrigens auch ihre Mängel hat, schwerer verkäuflich ist als ein Blatt wie der M. Aber [wir] wissen auch, dass man die Arbeiter mit der Linie des M. nicht für den Kommunismus gewinnen kann, und darauf kommt es ja schließlich an. Mit einem farblos geschriebenen gutgehenden Blatt ist dem Kommunismus nicht geholfen. Im Zusammenhang mit der politischen Linie des M. machen wir euch auf wichtige Umstände aufmerksam. Ihr habt neben der notwendigen Kleinarbeit die ideologische Schulung unserer Mitglieder durchzuführen. Kleinarbeit werden die Mitglieder erst dann leisten, wenn sie von der Sache ideologisch überzeugt u. sattelfest sind. Nicht Kleinarbeit um der Kleinarbeit willen, sondern Kleinarbeit für die komm. Idee, für eine richtige Politik u. Taktik. Jede andere Kleinarbeit ist Arbeit für die Luft, führt zur Passivität, Indifferenz, Kleinmütigkeit und Liquidierung. Die andere Aufgabe muss sich einer beharrlichen, beständigen Selbstschulung, Selbstprüfung und Selbstkritik, besonders der führenden Genossen der Bez. Ltg. sein. Trotz aller Parteiarbeit muss Zeit für diese Aufgaben gefunden werden. Es gibt keine revolutionäre Politik ohne revolutionäre Theorie. Es darf nicht sein, dass Genossen die Schreibweise des M. mit Hinweis auf Realpolitik rechtfertigen. Wir Kommunisten müssen von Lenin lernen. Die Realpolitik der Opportunisten führt in den Sumpf der S.P., die revolutionäre Realpolitik Lenins zur Revolution.

Kollektive Arbeit an der Presse, in allen politischen und gewerkschaftlichen Fragen wird euch helfen, die Mängel und Fehler zu überwinden. Wir erwarten von euch, dass ihr diesen Brief eingehend durcharbeitet und uns über die Ergebnisse der Diskussion Bericht erstattet.